

KURZ

Ohne Gewissensprüfung ZIVILDienst Die Abschaffung der Gewissensprüfung für den Zivildienst stösst in der Vernehmung auf grosse Zustimmung. Gegen diese Neuerung ist einzig die SVP. Die Grünen lehnen die Reformvorschläge aus anderen Gründen ab: Sie fordern, vom Bestrafungsgedanken wegzukommen und Wahlfreiheit zwischen Militär- und Zivildienst zu gewähren. (sda)

Vergleich gescheitert SVP-VIDEO Die Vergleichsverhandlungen wegen des SVP-Propaganda-Videos «Himmel und Hölle» sind gescheitert. Laut der Anwältin der im Video mitspielenden Jugendlichen hat der zuständige Richter des Gerichtskreises Biel-Nidau auf ihren Antrag am vergangenen Freitag die Wiederaufnahme des Verfahrens verfügt und der SVP eine zehntägige Frist für eine Antwort auf ihr Gesuch eingeräumt hat. (ap)

Bewerbung 2020? UNO-SICHERHEITSRAT Eine Schweizer Bewerbung für einen Sitz im Uno-Sicherheitsrat wäre laut Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey frühestens im Jahr 2020 möglich. Die Diskussion über eine allfällige Bewerbung sollte sachlich und ohne ideologische Scheuklappen geführt werden, sagte Calmy-Rey an einem Gastvortrag zum 100-jährigen Bestehen des Haager Abkommens über das Neutralitätsrecht in Zürich. Jeder habe das Recht, vom Vorschlag zu halten, was er wolle. (ap)

Aeppli wird Präsidentin UNIVERSITÄTSKONFERENZ Die Zürcher Bildungsdirektorin Regine Aeppli (sp) präsidiert für die nächsten zwei Jahre die Schweizerische Universitätskonferenz (SUK). Sie tritt die Nachfolge von Staatssekretär Charles Kleiber an, der auf Ende Jahr in Pension geht. (sda)

Urteil im Skyguide-Mord BUNDESGERICHT Das Bundesgericht wird am kommenden 8. November über den Fall des 51-jährigen Russen entscheiden, der 2004 in Kloten einen Skyguide-Fluglotsen erschossen hat. Die strafrechtliche Abteilung verhandelt den Fall in einer öffentlichen Sitzung. (sda)

Kritik an beide Seiten AKW-DEBATTE Der Bundesrat wird Anfang 2008 die nächsten Entscheidung zum Vorgehen bei der Lagerung von radioaktiven Abfällen fällen. Dies sagte Energieminister Moritz Leuenberger in Bern zum Auftakt einer internationalen Konferenz über die Entsorgung von radioaktiven Abfällen. Der Energieminister ging in seiner Rede sowohl mit Gegnern als auch mit Befürwortern der Kernenergie hart ins Gericht. «Egal, ob wir für oder gegen Kernkraft sind; egal ob wir Strom aus KKW brauchen oder nicht; egal, ob wir seinerzeit für oder gegen KKW demonstriert haben: Alle von uns tragen die Verantwortung für die sichere Entsorgung der radioaktiven Abfälle», sagte Leuenberger. (sda)

Teuerster Wahlkampf überhaupt

Die Parteien- und Kandidatenwerbung im Schweizer Wahlkampf kostet mindestens 50 Millionen Franken

Nicht nur die nationalen Parteien, sondern auch die Kantonalparteien und die einzelnen Kandidaten lassen sich den Wahlkampf viel Geld kosten. Die Wahlkampfkosten sind selber zum Gegenstand des Wahlkampfes geworden.

GERHARD LOB

Überall lächeln sie uns freundlich entgegen. Auf Plakatwänden und in Zeitungsanzeigen. Die Köpfe der Kandidatinnen und Kandidaten, die am kommenden Wochenende in den National- und Ständerat gewählt werden wollen. Zwischen Genf und Rorschach sowie Basel und Chiasso ist die Schweiz momentan zu plakatiert. Politische Beobachter sind sich einig: Noch nie wurde so viel Geld in nationale Wahlen investiert wie im laufenden Wahljahr. Von mindestens 50 Millionen Franken ist die Rede, doch diese Schätzung dürfte sich eher am unteren Rand der Wahrheit bewegen.

Allein in politische Werbeeinserate in Zeitungen und Zeitschriften sind bereits über 20 Millionen Franken geflossen, wie Georges von Csernatony von der Publicitas-Geschäftsleitung in Lausanne dieser Tage erklärte. Der Zuwachs gegenüber den Wahlen von 2003 beträgt rund ein Drittel. Auch bei der Allgemeinen Plakatgesellschaft (APG) klingeln die Kassen. Allerdings will man dort keine Zahlen nennen.

SVP mit grösster Kelle

Augenfällig: Die SVP rührt bei der laufenden Wahlkampagne mit der grössten Kelle an. Allein 40 Prozent der Zeitungs- und Zeitschrifteninserate gehen aufs Konto der Schweizerischen Volkspartei. Eine Aufstellung des Schweizer Fernsehens ergab für einen Wochentag Anfang September Zeitungsanzeigen der SVP im Wert von 114 000 Franken. Dazu kommt der Versand von Werbematerial an alle Haushaltungen und andere Kampagnen.

Offiziell beläuft sich das Budget der SVP laut Parteipräsident Ueli Maurer auf 5 Millionen Franken. Vergleicht man die offiziell deklarierten nationalen Budgets, erweist sich die SVP als Krösus. Die SP setzt 1,2 Millionen Franken ein, die CVP 1,5 Millionen und die FDP 1,6 Millionen. Bescheiden sind die Mittel der Grünen: Nur 70 000 Franken sind offiziell in der nationalen Kampagnenkasse. 20 000 kamen jüngst als Spende von einer Druckerei im Raum Zürich, wie Generalsekretär Hubert Zurkinden erklärt.

Allerdings zeigt das Beispiel der Grünen, dass die Aussagekraft der nationalen Werbebudgets relativ ist. Denn der grünen Kantonalpartei im Kanton Waadt stehen etwa 200 000 Franken zur Verfügung.



Freundlich lächelnde Gesichter zuhauf – wie zum Beispiel auf dem Berner Münsterplatz.

PETER SCHNEIDER/KEYSTONE

Ähnliche Beispiele lassen sich auch bei anderen Parteien finden. 900 000 Franken hat allein die SP Zürich eingeplant. Das ist fast soviel wie das nationale SP-Budget. Die Zürcher SVP hat sogar 1,1 Millionen in der Kasse – das ist mehr, als ursprünglich von der nationalen SVP budgetiert war.

Die Politologen Andreas Ladner und Michael Brändle schätzten in einer Studie aus dem Jahr 2001, dass die 120 Kantonalparteien in einem Wahljahr über ein Gesamtbudget von 27,7 Millionen Franken verfügen. Inzwischen dürften es wesentlich mehr sein. Dazu kommen die nicht erfassbaren Budgets von Kandidaten für ihre persönlichen Kampagnen und Unterstützerkomitees. Diese können bis zu 300 000 Franken erreichen.

«Noch interessanter als die absoluten Beträge ist aber die Tatsache, dass die Kosten selbst und ihre Herkunft Gegenstand des Wahlkampfes geworden sind», sagt der in Bellinzona tätige Politikwissenschaftler Oscar Mazzoleni. Tatsächlich hat die SP das Wahlkampfbudget der nationalen SVP auf mindestens 15 Millionen veranschlagt und konkrete Berechnungen dazu veröffentlicht. SVP-Chef Maurer warf der SP umgekehrt vor, sie könne nicht rechnen. Die SP argumentiert zudem, die SVP werde von millionenschweren Gönnern – unter ihnen auch Bundesrat Blocher – gesponsert. «Das ist Unsinn», kontert SVP-Sprecher Roman Jäggi. 90 Prozent der Spenden käme von Personen aus dem Umfeld kleinerer und mittlerer Unternehmungen, die woll-

ten, dass Blocher im Bundesrat bleibe. Überprüfen lässt sich dies nicht, denn die SVP hält die Namen ihrer Spender geheim, genauso wie die FDP und CVP. Die starke Zunahme des Wahlkampfbudgets erklärt die SVP mit nicht erwarteten Spenden. Nach den Vorwürfen der Geschäftsprüfungskommission an Bundesrat Blocher im Fall Roschacher und der SVP-Geheimplan-Kampagne seien «die Spendendämme gebrochen», sagt Jäggi.

Für die Wahlkampffinanzierung sind alle Parteien auf Spenden angewiesen, aber auch auf institutionelle Beiträge und Mandatsabgaben. Bei der SP alimentieren beispielsweise die beiden Bundesräte Micheline Calmy-Rey und Moritz Leuenberger laut Generalsekretär Thomas Christen mit einem Betrag

«zwischen 15 000 und 20 000 Franken» die Kriegskasse. Indirekte Unterstützung gibt es durch Gewerkschaften oder Mieterverbände, die SP-Kandidaten aus den eigenen Reihen promoten. Eher bescheiden sind die Zuwendungen aus der Wirtschaft (siehe Kasten).

Gefahr für Demokratie?

Die undurchsichtige Lage der Parteien- und Wahlkampffinanzierung wird immer wieder kritisiert. Für den an der Uni Freiburg lehrenden Staatsrechtler Tiziano Balmelli, der über Parteienfinanzierung promoviert hat, birgt der laufende Wahlkampf vor allem das Problem einer sich immer höher drehenden Spirale: «Die Spiesse werden immer ungleicher; der Druck, Wahlkampfgelder aufzutreiben zu müssen, steigt: Das ist eine Gefahr für die Demokratie.» Von der vielfach geforderten Transparenz bei der Wahlkampffinanzierung verspricht sich Balmelli nicht viel und verweist auf Länder wie Deutschland, die trotz rigider Vorschriften Parteispending-Skandale haben. Er plädiert seit vielen Jahren vor allem für eine Limitierung der Mittel.

Der Grosse Rat im Kanton Waadt hat eine in diese Richtung gehende Motion jüngst angenommen. Allerdings macht sich Balmelli keine Illusionen: «Die Beschränkung der Wahlkampfkosten hat keine Lobby.» Weder die finanzkräftigen Parteien noch die Werbewirtschaft oder die Verleger hätten ein Interesse an einer Beschränkung der Wahlkampfausgaben.

Wirtschaft bleibt reserviert

Mit wie vielen Millionen die Wirtschaft in den Wahlkampf eingreift, ist schwierig abzuschätzen. Beim Wirtschaftsdachverband Economiesuisse gibt man sich reserviert. Die monetäre Unterstützung für die Parteien sei nur sehr marginal. «Wir organisieren uns vor allem in Sachgeschäften, unterstützen die bürgerlichen Parteien aber beispielsweise mit Medientrainings», hält Sprecher Roberto Colonello fest.

Dass vor allem Grossunternehmen die politischen Parteien

mit Geld alimentieren, ist indes ein offenes Geheimnis. Die Erhaltung und Unterstützung des Schweizerischen Milizsystems liegt etwa der Grossbank UBS am Herzen. «Wir geben den bürgerlichen Parteien jedes Jahr einen festen Betrag», sagt UBS-Sprecher Christoph Meier. Konkrete Zahlen werden keine bekannt gegeben. Immerhin erklärt Meier, dass FDP, CVP, SVP und Liberale unterstützt werden, nicht aber die Bundesratspartei SP. Meiers Begründung: «Wir bevorzugen Par-

teien, die den Wirtschaftsstandort stärken und den Finanzplatz Schweiz unterstützen.»

Auch die SP bekommt aber Unterstützung aus der Wirtschaft – beispielsweise von der Mobilversicherung, Mobilien-Sprecher Christoph Stalder erklärt, sein Unternehmen lasse allen Bundesratsparteien je 10 000 Franken im Jahr zukommen, allerdings nicht spezifisch für den Wahlkampf. Ziel des Zustupfs sei die Stärkung der politischen Institutionen in der Schweiz. (lo)

Wahlschlager kommt an

Die SVP hat für ihre **Ausschaffungsinitiative** nach eigenen Angaben 200 000 Unterschriften gesammelt

Sechs Tage vor den Wahlen wartet die SVP mit einer Erfolgsmeldung in eigener Sache auf: Ihre Ausschaffungsinitiative sei so gut wie zustande gekommen.

Die SVP hat in lediglich drei Monaten gegen 200 000 Unterschriften für ihre als Wahlschlager gedachte Initiative «Für die Ausschaffung krimineller Ausländer» gesammelt. Zum Zustandekommen sind 100 000 Unterschriften nötig, die bis am 10. Januar 2009 bei der Bundeskanzlei deponiert werden müssen. Wie die SVP gestern mitteilte, ist sie

im Besitz von über 170 000 Unterschriften, knapp 90 000 davon seien beglaubigt. Hinzu kämen 20 000 bis 30 000 Unterschriften, die noch nicht hätten ausgezählt werden können. Die Partei will noch bis im kommenden Frühjahr weitersammeln.

Die Initiative verlangt, dass Ausländerinnen und Ausländer, die wegen einer schweren Straftat verurteilt worden sind oder missbräuchlich Leistungen der Sozialversicherung oder der Sozialhilfe bezogen haben, ihr Aufenthaltsrecht verlieren und ausgewacht werden müssen. Noch nie sei es so einfach gewesen, für eine Volksini-

tiative Stimmen zu sammeln, sagte der SVP-Wahlkampfleiter und St. Galler Nationalrat Toni Brunner. Das Plakat mit den weissen Schafen und dem schwarzen Ausländer werde in die Geschichte der SVP als eine der erfolgreichsten Botschaften eingehen (siehe auch Text rechts).

«Kein Imageschaden»

Brunner bemühte sich zu betonen, dass mit schwarzen Schafen nur kriminelle Ausländer gemeint seien; Ausländer hingegen, die sich rasch integrierten und sich an die Regeln hielten, seien willkommen. Scharf kritisierte Brunner die «teilweise völlig falsche und von linken

Kreisen gesteuerte» Berichterstattung über die SVP und ihren Wahlkampf. Die ausländischen Journalisten seien mit vorgefassten Meinungen in die Schweiz gekommen. Sie hätten gar nicht hören wollen, dass die Initiative nur auf Kriminelle abziele.

Brunner zeigte sich überzeugt, dass die internationale Berichterstattung das Bild der Schweiz nicht beschädigt hat. Dazu brauche es mehr als ein paar Zeitungsartikel, die als Einmischung in innere Angelegenheiten zu verstehen seien. Nichts schade dem Image der Schweiz so sehr wie der Verlust der Sicherheit. (sda)

SVP-Schäfchen nicht rassistisch

WAHLPLAKAT Die Staatsanwaltschaft des Kantons Zürich hat die Strafuntersuchung gegen das «Schäfchenplakat» der SVP eingestellt. Der Rassismustatbestand ist nach Ansicht der Staatsanwaltschaft nicht gegeben. Der Rassen-diskriminierungsartikel umfasse nur die Bereiche Religion, Rasse und Ethnie, sagte Staatsanwalt Hans Maurer auf Anfrage. Ausländer als solche würden vom Tatbestand nicht erfasst. Zudem nehme das Plakat die Redewendung vom Schwarzen Schaf auf. Möglicherweise könne man das Plakat, auf dem weisse Schafe ein schwarzes aus der Schweiz kicken, als fremdenfeindlich bezeichnen. Frem-

denfeindlich sei jedoch nicht identisch mit rassistisch.

Gegen das Plakat hatte die Partei der Arbeit Zürich (PdAZ) Anzeige eingereicht. Weil die Kläger nicht Geschädigte sind, erhalten sie die Begründung der Vernehmungseinstellung laut Maurer nicht ausgehändigt. Die Partei kritisierte dies.

Zottel-Klage hängt

Noch hängt ist die Klage der Genfer Sektion der Schweizer Menschenrechtsliga gegen das SVP-Online-Spiel Zottel rettet die Schweiz. Das Spiel wird auch vom Vorstand der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD) kritisiert. (sda)